

Arbeitskreis Provenienzforschung e.V.

Initiative Provenienzforschung stärken

Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste

Sehr geehrte Mitglieder der Arbeitsgruppe Kultur und Medien,

Provenienzforschung in Deutschland hat sich als wesentlicher Bestandteil der Aufarbeitung dunkler Kapitel der deutschen Geschichte und als wichtiges Element einer verantwortungsvollen Erinnerungskultur etabliert. Das betrifft die Forschung zum Kulturgutraub in der NS-Zeit, aber auch in kolonialen Kontexten und in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR.

Provenienzforschung ist die Basis aller Restitutionsen, Rückgaben bzw. der Findung gerechter und fairer Lösungen zwischen den gegenwärtigen Besitzern und den Nachfahren der Beraubten. Auch die neu entstehende Schiedsgerichtsbarkeit zum NS-Kulturgutraub benötigt als Grundlage für ihre Verfahren die Resultate der Provenienzforschung.

Provenienzforschung fördert demokratische Werte und stärkt die ethische Integrität unseres Umgangs mit Kulturgut. Auch die künftige Bundesregierung muss der Sensibilität im Umgang mit unrechtmäßig bzw. unter ungeklärten Umständen angeeignetem Kulturgut gerecht werden. Dafür sollte die Forschung intensiviert und grundlegende Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sie als selbstverständliche und dauerhafte Kernaufgabe in Museen, Bibliotheken und Archiven sowie in der Ausbildung etabliert wird.

Provenienzforschung jetzt im Koalitionsvertrag verankern!

Wir möchten die Mitglieder der Arbeitsgruppe Kultur und Medien deshalb dazu auffordern, die Provenienzforschung verbindlich in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. Nur so kann ihre gesellschaftliche Relevanz anerkannt und ihre Zukunft politisch, institutionell und finanziell gesichert werden. Dafür sind folgende Maßnahmen zentral:

- **Verlässliche Finanzierung und institutionelle Sicherung**
Die Provenienzforschung muss dauerhaft mit Bundesmitteln gefördert werden. Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste (DZK) ist als bundesweite Anlaufstelle und Förderinstitution langfristig finanziell abzusichern.
- **Schutz vor politischer Einflussnahme und Geschichtsrevisionismus**
Die Unabhängigkeit der Forschung muss gewährleistet bleiben. Wissenschaftliche Aufarbeitung historischer Unrechtskontexte darf nicht durch politische oder ideologische Interessen gefährdet werden.
- **Gesamtstaatliche Verantwortung – unabhängig von Mehrheiten**
Provenienzforschung ist eine dauerhafte Aufgabe von nationaler Bedeutung. Ihre Kontinuität darf nicht von politischen Mehrheiten in Ländern oder Legislaturperioden abhängig sein – der Bund muss hier dauerhaft Verantwortung übernehmen.

- **Stärkung von Bildung und gesellschaftlicher Vermittlung**
Erkenntnisse der Provenienzforschung leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und zur Stärkung demokratischer Werte. Ihre Ergebnisse müssen gezielt in Bildungsarbeit und Wissenschaftskommunikation eingebunden werden.
- **Rechtssicherheit im Umgang mit menschlichen Überresten**
Ein gesetzlicher Rahmen für die Rückgabe menschlicher Überreste und ein Verbot ihres Handels ist überfällig. Auch hier sind ethische Standards und menschenrechtliche Verantwortung politisch umzusetzen.

21.3.2025